

# Der Deutsche Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

Erscheint jeden Freitag.

Bestellen durch alle Postanstalten zum Preise von M. 1,50  
Quartal. Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Redaktion und Expedition:

Elm a. Rhein, Palmstraße 14. — Telephon 7605.  
Redaktionschluss Dienstag Mittag.

Inserate

Kosten die dreispaltige Zeile 30 Pfg. Stellenvermittlung  
und Anzeigen der Poststellen die Hälfte.

Nr. 33.

Elm, den 17. August 1906.

VII. Jahrgang.

## Ein neuer Erfolg im Ruhrgebiet.

In der letzten Nummer des Organs meldeten wir den Kollegen, daß es in Essen zu einer allgemeinen Arbeitsregung gekommen sei. Heute sind wir bereits in der Lage zu berichten, daß der Ausstand nach sechsstägiger Dauer mit einem vollständigen Siege der Kollegen beendet wurde. Wenn in einem Punkte, bezüglich Mindest- durchschnittslohne, was die Scharfmacher eine Prinzipien- nennen, etwas nachgegeben wurde, so hat dieses für die Kollegen das Gute, daß die Arbeitgeber zwar ihr Prinzip ihren Arbeitern aber dafür nach Ausgestaltung des Lohnes die Kosten zahlen müssen. Der Erfolg ist erzielt durch die bisher im Ruhrgebiet nie dagewesene Entschlossenheit und Einigkeit der Kollegen. Was man von einer gut geschulten, organisierten Arbeiterchaft erwarten kann, besonders soweit unsere Mitglieder in Betracht kommen, die Kollegen voll und ganz einmütig wie ein Mann sind die Kollegen in dem Kampfe gezogen und in derselben Einmütigkeit ist, nach dem Erreichbaren erzielt, der Kampfplatz verlassen worden. Denn es nun in Essen, wo bisher auf dem Wege der Verhandlungen vieles für die Kollegschaft erreicht zum Kampfe gekommen ist, so ist dieses auf eigenartige Weise zurückzuführen, die anzuführen von allgemeinem Interesse sein dürften. Zunächst glaubten die Arbeitgeber, die Einmütigkeit ihrer Arbeiter benutzen und sie über die Verbesserung ihrer Lage hinwegtäuschen zu können. Die Verhandlungen zwecks Erneuerung des im Jahre 1904 unter dem Vorsteher des jüngst verstorbenen Oberbürgermeisters zustande gekommenen und am 31. Juli d. J. abgelaufenen Tarifvertrages sind von den Arbeitgebern in geradezu verantwortlicher Weise verschleppt worden. Bekannt ist, daß in Essen das durch die Initiative des verstorbenen Herrn Dr. Wiedfeldt errichtete, gegenwärtig unter dem Vorsteher des Herrn Dr. Wiedfeldt für die Bauarbeiterchaft leistungsfähig wirkende Komitee besteht. Auf die vorzügliche Leitung des Komitees vertrauend, glaubten auch unsere Kollegen, daß das Komitee den ablaufenden Tarifvertrag auf dem Wege der Verhandlungen wieder erneuern zu können. In der letzten Nummer des Organs sind von Herrn Dr. Wiedfeldt schon im Anfang d. J. die Verhandlungen aufgenommen worden. In mehreren Sitzungen zeigten die Herrn Arbeitgeber keine Lust mehr, die Verhandlungen fortzusetzen. Herr Wiedfeldt erhielt auf seine mündlichen und schriftlichen Anfragen bei den Vertretern der Arbeitgeber überhaupt keine Antwort. In aller Seelenruhe warteten die Kollegen den Ablauf des Vertrages ab. Da die Arbeitgeber die Verhandlungen anscheinend ablehnten, hatten die Arbeiter keine Ursache, auf Verhandlungen zu drängen. Es mittererweile in den Nachbarstädten, besonders in Dortmund und Bochum, zu annehmbaren Tarifabschlüssen kam, was zweifellos günstig für die Kollegen und auf die Situation wirkte.

Wie ein Blitz aus heiterm Himmel fuhren die Kollegen 10 Tage vor Ablauf des Vertrages dazwischen, indem die Arbeitgeber, die die früheren gepflogenen Verhandlungen abgebrochen, kurz und bündig neue Forderungen einbrachten. Vollständig überrumpelt wachten die Arbeitgeber und suchten schnell Hilfe bei dem im Ruhrgebiet recht bemerkbar machenden Rh.-Westf. Arbeitgeberverband für das Holzgewerbe. Die Verhandlungen kamen nun recht bald wieder zustande, standen aber gleich unter dem Einflusse der auswärtigen Scharfmacher, die nun, trotzdem es acht Tage unter den Arbeitgebern tätig waren, die Hände wegschoben.

War so einerseits die reinste Scharfmacherei von ausgedehnt, die bei der vorigjährigen Düsseldorf Bewegung gewordenen Herren Siebel und Koch in die Verhandlungen hineingetragen worden, so fragten sich andererseits die Essen Kollegen mit vollem Rechte, was in Bochum und Dortmund wurde, muß auch mindestens in Essen zur Einigung gelangen. Regieres lehnten die Herrn jedoch fast alle Punkte bei der letzten Verhandlung rundweg ab. Die Kollegschaft es nun bereits wie ein Schlag ins Gesicht empfunden, als die Herren Arbeitgeber die Verhandlungen des Herrn Dr. Wiedfeldt nicht einmal einer Würdigung, so war, als die Arbeitgeber das in dem Augenblicke nicht anerkennen wollten, die Geduld der Kollegen zu Ende. Nach langen Beratungen hin und her abermals darauf hinaus zielten, möglichst Zeit zu gewinnen, um die eifrigsten Arbeiter fertig zu stellen, sagten die Kollegen sich mit Recht: „Die Worte sind genug gesprochen, laßt uns endlich Taten zeigen.“ Kurz darauf folgte durch die Verschleppungstaktik der Arbeitgeber, auf der ganzen Linie die Arbeit niedriger. Am Abend des ersten Tages konnte bereits festgestellt werden, daß fast alle Betriebe bis auf den letzten Tag laubert waren.

Die noch schwankenden, meist Unorganisierten folgten am nächsten Tage. Nachdem nun die Herren Arbeitgeber in der

Presse einen recht hohen Ton anschnitten und von frivolem Bruch der Verhandlungen seitens der Arbeiterführer geschwiegen, stieg die Begeisterung in dem Kampfe und für den Kampf noch mehr. Wußte doch jedes Mitglied, daß seitens der leitenden Kollegen alles versucht worden war, auf friedlichem Wege fertig zu werden. Selbst Herr Dr. Wiedfeldt gab bei den Verhandlungen dieses den Herren mehrere Male zu verstehen, indem er ausführte: „Hätten Sie nicht die Verhandlungen in diesem Sommer so verzögert, eine Einigung wäre längst erzielt worden.“ Mit unwiderlegbaren Tatsachen wurde dann auch seitens der Bohnkommission unseres Verbandes die Anrempelung der Arbeitgeber in der Presse richtig gestellt und der Vorwurf betriffs frivolen Bruches der Verhandlungen entschieden zurückgewiesen. Wenn wir nach einigen Tagen des Kampfes gleich zu erfolgreichen Verhandlungen gekommen, so ist dieses einerseits auf die für die Arbeiterchaft hoch bedeutsame Tätigkeit des Essener Einigungsamtes und andererseits auf die geradezu muster-gültige Schlagfertigkeit der Kollegen zurückzuführen.

Ueber den abgeschlossenen Vertrag, den wir in der nächsten Nummer des Organs veröffentlichen werden, sei für heute kurz mitgeteilt, daß derselbe, in der am Montag den 13. d. M. stattgefundenen gemeinschaftlichen Versammlung wo die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen wurde, von den Vertretern beider Verbände als den besten Vertrag im Rhein.-westf. Industriegebiet bezeichnet wurde. Die Wiederaufnahme der Arbeit, die Dienstag den 14. d. M. bereits wieder erfolgte, ist demgemäß in der betreffenden Versammlung mit überwältigender Majorität beschlossen worden. Auf Seiten der „Genossen“ glaubten zwar einige überrabikale Phrasendrescher, den Vertrag in Grund und Boden treten zu müssen. Hier erlebten wir zu unserer Freude, daß sonst bei gemeinsamen geführten Kämpfen seltene Schauspiel, daß diese Maulhelden von ihren eigenen Genossen als solche bezeichnet, und ganz gründlich zurecht gesetzt wurden.

Der Kampf nun, der nach Lage der Dinge zur rechten Minute begonnen, und auf der höchsten Höhe stehend, nachdem das Erreichbare erzielt war, eingelenkt wurde, wird auf die Kollegschaft im Ruhrgebiet und darüber hinaus den Wert einer guten Organisation vertiefen helfen. Stehen die Kollegen auch in Zukunft so fest zusammen, zeigen sie die notwendige Opferfreudigkeit, suchen sie das durch Kampf Errungene auszubauen und auszunutzen, dann können wir späteren Kämpfen ruhigen Blutes entgegensehen.

## Brücken zum Frieden.

Wer da glaubt, daß die Arbeiterbewegung in unserer modernen Zeit und in unserer industriellen Entwicklung niemals aufhört, der befindet sich in einem starken Irrtum. Einem solchen Glauben kann man überhaupt nur wegen, wenn man sich auf einen engbegrenzten Interessensstandpunkt stellt.

(Staatssekret. Graf Posadowsky im Reichstage am 6. Februar.)

Mit diesem Ausspruche hat Graf Posadowsky vollkommen recht gehabt. Es stehen in der Tat Existenz und Dauer dieser Bewegung außerhalb des Bereiches äußerer Macht- einwirkung. Mit der Entwicklung des Kleinbetriebes zum Großbetrieb mußte naturgemäß eine Arbeiterbewegung ins Leben treten. Daß diese sich auch heute immer noch weiter entfaltet und konsolidiert, spricht genügend für die Notwendigkeit dieser Organisationen. Es fragt sich nur, wie sich der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit überbrücken läßt, auf welche Art und Weise ein beide Teile befriedigendes Verhältnis geschaffen werden kann. Dem Arbeiterstand als auch der Industrie kann es nicht gleichgültig sein, ob diese Bewegung mit der Wucht entfesselter Elemente zerstörend und verheerend durch die Lande fährt, oder ob sie auf friedlichem Wege eine Verständigung herbeiführt.

Wenn man in heutiger Zeit offenen Auges die wirtschaftlichen Kämpfe betrachtet und sieht, mit welcher Leidenschaft und Erbitterung auf beiden Seiten gekämpft wird, möchte man zu dem Glauben kommen, daß es fast ausgeschlossen sei, auf friedlichem Wege die für Arbeiter und Industrie gleich wertvolle und notwendige Verständigung herbeizuführen. Und doch sind die Anzeichen vorhanden, daß wir einem neuen Zeitabschnitte in der Arbeiterbewegung entgegengehen. Bereits an vielen Orten erscheinen freundliche Sterne in Form der Tarifverträge und kündigen einen bessern Morgen im Wirtschaftsleben an. Die Pioniere, welche die Brücken zum gewerblichen Frieden schlagen, sind bereits tätig und finden täglich neue aufrichtige Verbündete in den christlichen Gewerkschaften. Auch auf Seiten der Unternehmer werden immer mehr Stimmen für die Tarifabschlüsse laut. Alle, denen ehrlich an eine Reformierung der heutigen Zustände gelegen ist, sind der Ueberzeugung, daß in dem nächsten Abschnitte der wirtschaftlichen Entwicklung nur diese Art des Arbeitsvertrages als Mittel zum sozialen Frieden dienen kann.

Es wird heute noch oft vergessen, daß große und wichtige Interessengemeinschaften zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer bestehen, die eine verträgliche und gerechte Regelung des Arbeitsverhältnisses nicht nur begünstigen, sondern sogar fordern.

In dem Maße, wie die Abhängigkeit von der schwankenden Konjunktur des Weltmarktes, von der Handelspolitik fremder Staaten und den politischen Ereignissen steigt, muß die Industrie darauf bedacht sein, den nachteiligen Folgen zu begegnen. Allein durch Kartellbildungen kann dieses nicht geschehen, sondern es gehört zur Ueberwindung dieses Zustandes die Konzentrierung aller Kräfte und daher auch vor allen Dingen der Frieden im eigenen Hause. Dies betont auch H. Köppe in der „Deutschen Wirtschafts-Zeitung“ und fährt dann fort: „Gerade in der Großindustrie und besonders in der auf Export angewiesenen sollte daher der innere Friede am stärksten angestrebt werden. Tatsächlich sind aber gerade hier die Kämpfe zwischen Arbeitgeber und Arbeitern am häufigsten und stärksten und die Hoffnung auf friedlichere Zeiten am trübsten. Es sind daher die Tarifgemeinschaften, die vertragsmäßigen, friedlichen Regelungen des Arbeitsverhältnisses zwischen den organisierten Gesamtheiten beider Teile, hier noch selten.“ Leider ist es ja eine bedauerliche Tatsache, daß sich unsere deutsche Großindustrie bisher am meisten der Erkenntnis verschlossen hat, daß nur auf diesem Wege sich ein für beide Teile annehmbarer Zustand schaffen läßt. Alle Bestrebungen der organisierten Arbeiterchaft, auch in den Großbetrieben bessere Arbeitsbedingungen auf Grund des kollektiven Arbeitsvertrages herbeizuführen, sind mit einigen Ausnahmen an dem Herrenstandpunkte des Unternehmertums gescheitert. Von allen Tarifverträgen entfällt der weitaus größte Teil auf solche Gewerbe, in denen die Großindustrie noch nicht vorherrschend ist. Ganz anders ist es in England, wo der kollektive Arbeitsvertrag geradezu die Regel bildet, auch in den Großindustrien. Eineinhalb ist dieses ja der aus- gebildeten gewerkschaftlichen Organisation der englischen Arbeiter zuzuschreiben, ohne welche sich keine Tarife abschließen lassen bei dem heutigen Stande der wirtschaftlichen Produktion. Vor allen Dingen liegt es aber in der Verschiedenheit der grundsätzlichen Anschauungen über das Arbeitsverhältnis, die in England geklärtere und reifere sind.

Die Festsetzung der Arbeitsbedingungen ist unter den neuzeitlichen wirtschaftlichen Verhältnissen gar nicht Gegenstand des Verhandeln zwischen dem Arbeitgeber und dem einzelnen Arbeiter. Die modernen industriellen Betriebe schließen dieses wegen dem Zeitverlust und den großen Massen der in Betracht kommenden Arbeiter schon aus. Es ist durchweg die Arbeitsordnung noch einseitig vom Unternehmer festgesetzt und wer von den Arbeitern sich diesen Bedingungen nicht fügen will, braucht die Arbeit gar nicht zu beginnen, oder kann nach begonnener Arbeit wieder aufhören. Es wird eben gar nicht bedacht, daß das Arbeitsverhältnis in der überwiegenden Mehrheit seiner einzelnen Bestandteile die Interessen der gesamten Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Gewerbes betrifft, nicht also so sehr individueller als vielmehr kollektiver Art ist. Es sei hier erinnert an die Regelung des Beginnes und der Dauer der Arbeit, der Arbeitspausen, Arbeiterschutz, Arbeiter- auschüsse und viele andere, rein kollektive Interessen. In der Einheit und Pünktlichkeit des Zusammenwirkens liegt die Gewähr für das technische und wirtschaftliche Gelingen der Produktion. Mit dem Wegfall des Prinzips der Einheitlichkeit müssen sich die zahllosen Fäden, aus denen das Arbeitsverhältnis gesponnen ist, verwirren und verknöten.

Diesem Charakter wird in England Rechnung getragen, indem dort die Arbeitsbedingungen für das ganze Gewerbe durch Uebereinkommen der organisierten Arbeitgeber- und Arbeitnehmerchaft auf bestimmte Zeit geregelt werden. Diese kollektive Regelung ist für beide Teile von großem Vorteil, indem der Arbeitgeber seine volle Zeit und Kraft auf die technische und kaufmännische Seite seiner Tätigkeit verwenden kann, dem Arbeiter aber das Einleben in den Arbeitsprozeß und die Arbeitsgemeinschaft als auch das Ausdauern darin ungemein erleichtert. So sind denn auch die Erfahrungen mit den Tarifverträgen in England sehr gute.

Auch in Deutschland haben die abgeschlossenen Verträge gute Früchte gezeitigt und kann man nur wünschen, daß auch die Großindustrie mehr wie bisher diesen Weg zum sozialen Frieden beschreiten möge. Namentlich zwei Gründe werden gegen Tarifverträge angeführt. Zunächst liege es nicht im Interesse der Produktion, also der Industrie selbst, sodann seien die Tarifverträge nur Mittel zum Zwecke der Erweiterung und Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses.

Beide Gründe sind wichtig. Ist denn in England die Industrie nach Einführung der Tarifverträge zurückgegangen? Werden dort in den industriellen Betrieben keine Erfindungen und Verbesserungen mehr gemacht? Oder bilden etwa betriebstechnische Schwierigkeiten einen ausreichenden Grund gegen das Tarifsystem? Sicherlich nicht, denn sonst hätte z. B. die Verbreitung der Sechsmaschinen den Buchdrucker- tarif umwerfen oder doch stark erschüttern müssen. Gerade beim Buchdrucker- tarif mit seinen über 8000 Akkordpositionen spiegelt sich die „Kompliziertheit“ der Betriebstechnik wieder, deren siegreiche Ueberwindung aber die Tatsache und die vorzügliche Bewährung des Tarifsystems erhärten.“ Auch der patriarchalische Standpunkt kann nicht mehr als genügender Grund gegen Tarife zur Anwendung gelangen, denn „Herr im Hause“ ist der Unter-

nehmer längst nicht mehr, da der Staat durch die Arbeiterschutzesetze und sonstige Anordnungen tief in die freie Selbstherrschaft der Unternehmer eingegriffen hat.

Gegen den zweiten Grund spricht die Tatsache, daß Tarifverträge der prinzipiellen Stellung der Sozialdemokratie zuwider sind. Die Natur der Sozialdemokratie ist der Kampf, nicht der Friede.

Der Sozialdemokratie wird durch die Annahme und Durchführung des Tarifvertragssystems schwerer Schaden zugefügt, der Industrie aber dadurch sehr gebietet werden.

Durch die sozialpolitische Gesetzgebung ist die absolute Freiheit des Unternehmers ja schon beschränkt und wird durch Tarifverträge auch noch weiter beschränkt werden.

So werden also die Tarifverträge nach mehr wie einer Seite segensreich wirken. Den Arbeitern beweisen sie täglich aufs neue, daß auf dem Boden der bestehenden Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung eine „Lösung“ der sozialen Fragen leichter und vorteilhafter zu erreichen ist, als auf dem Wege des Umsturzes.

Freilich vermag das Tarifgemeinschaftssystem dieses Ziel nicht für sich allein zu erreichen. Nicht nur die materiellen Lebensverhältnisse müssen gehoben werden, sondern auch die geistige und sittliche Fortbildung der arbeitenden Klassen muß gefördert werden.

Sozialdemokratische „Wissenschaft“ und gewerkschaftliche „Taktik“.

In der „Neuen Zeit“, dem wissenschaftlichen Organ der deutschen Sozialdemokratie schrieb ein „Genosse“ Heise einen längeren Artikel, worin den sozialdemokratischen Gewerkschaften nahegelegt wird, die nichtsozialdemokratischen, insbesondere die christl. Gewerkschaften gleich indifferenten Arbeitern bei Lohnkämpfen zu ignorieren und sie überhaupt nicht anzuerkennen.

Wenn der „Genosse“ Heise eine Ahnung von gewerkschaftlichen Dingen hätte, dann würde er von dieser vergeblichen Scharfmacherei Abstand nehmen; seit dem Bestehen der christl. Gewerkschaften wollte man diese von sozialdemokratischer Seite nicht anerkennen.

des Herrn Regien, der erklärte: „So lange ich an der Spitze der sozialdem. Gewerkschaften stehe, werden die christlichen nicht anerkannt.“ Doch was nützen diese nur vom traurigen Machtbündel getragene Redensarten?

„Eine Taktik, die die gegnerischen Organisations der indifferenten Arbeiterschaft gleichgültig und demgemäß behandelt, wird wie Sprengpulver auf diese Art Organisations wirken!“

„Wir glauben sagen zu können, daß in den christl. Gewerkschaften dem Bergnügen nicht mehr geschätzt wird als in der modernen Arbeiterbewegung.“

„Von einer Ignorierung der christlichen Gewerkschaften kann für uns jedenfalls gar keine Rede sein, am wenigsten bei Lohnbewegungen.“

Dieses schöne Bekenntnis wollen wir uns merken. Die „Holzarbeiterzeitung“ hat mit diesen Ausführungen zweifellos Recht, damit sagt sie einer großen Anzahl Beamten und sonstigen Führern ihres Verbandes eine Wahrheit, nämlich, daß sie durch ihre Bekämpfung der christlichen Gewerkschaften die Arbeiterinteressen schädigen.

„Nach unserer Kenntnis der Verhältnisse können die christl. Gewerkschaften nur (!) in Arbeiterschichten und in Gegenden eindringen, auf die wir zunächst gar keinen Einfluß haben und die jetzt auch unserer Bewegung verschlossen sind.“

Bis auf das Wörtchen „nur“ trifft auch diese Bemerkung zu. Damit erklärt man gleichzeitig, daß die christl. Gewerkschaften unbedingt notwendig sind. Durch die christl. Gewerkschaften schreibt die „Holzarb.-Ztg.“ weiter, wurde die deutsche Arbeiterbewegung belebt, „sie brachten erst Leben in die Bude“.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß mit dem Erscheinungstage dieser Nummer der 33. Wochenbeitrag für die Zeit vom 12.—18. Aug. 1906 fällig ist.

Die Zahlstelle Regensburg erhält die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 10 Pfg. Die Regensburger Kollegen leisten somit einen Wochenbeitrag von 60 Pfg.

Die Genehmigung zur Erhebung eines Lokalbeitrages von wöchentlich 5 Pfg. (Gesamtwochenbeitrag 35 Pfg.) erhalten die Zahlstellen Wschaffenburg, Weidum und Freising.

Die Zahlstellen München und Nürnberg erhalten die Genehmigung zur Erhebung eines wöchentlichen Lokalbeitrages von 5 Pfg. für die weiblichen Mitglieder.

Die Abrechnungen für das 2. Quartal haben nicht eingelangt: Castrop, Datteln, Papenburg, Rheine, Blumenhal, Ruhrort, Schwelm, Zweifall, Trarbach, Darmstadt, Fulda, Stuttgart, Spaichingen, Worms, München-Lapezierer, Rosenheim, Schwabsoien, Weiden, Wertesgaden, Breslau, Dynhausen, Wilhelmshafen, Gzerst, Poppot und Schönlanke.

Die Abrechnungen für das 2. Quartal haben nicht eingelangt: Castrop, Datteln, Papenburg, Rheine, Blumenhal, Ruhrort, Schwelm, Zweifall, Trarbach, Darmstadt, Fulda, Stuttgart, Spaichingen, Worms, München-Lapezierer, Rosenheim, Schwabsoien, Weiden, Wertesgaden, Breslau, Dynhausen, Wilhelmshafen, Gzerst, Poppot und Schönlanke.

Lohnbewegung.

Bei allen Lohnbewegungen ist der Zentralstelle jede vor Reaktionschluss ein Bericht über den Stand der Bewegung einzuliefern; andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug ist fernzuhalten von Schreibern nach Altdalen Westf., Neustadt O. Schl., Paderborn, Braunfulda (Firma Kramer), Guesen, Poppot, Neuwied, Höchst Kuslrigen. — Schreibern und Maschinenarb. Bezze, — von Schreibern und Stuhlauer nach S. (Stahlfabrik A. S. Phönix) — Von Fürsten- und P. machern nach Goch, Meherheim, — von Modellische nach Dortmund (Metz.)

Die Lohnbewegung in Paderborn nimmt Formen an. Die Meister wollen von einer allgemeinen Erhöhung nichts wissen. Sie sind der Ansicht, daß es einzelnen Arbeitgeber überlassen sein müsse, den Löhnen eigenen Gesellen zu regeln.

Lohnbewegung in Kuslrigen. Bei der Firma Schmitt in Kuslrigen haben 53 Kollegen die Kündigung eingereicht, weil es die Firma nicht der Mühe wert den berechtigten Wünschen der Kollegenschaft auch etwa entgegenzukommen.

Zum Streik in Gnesen. Die eingeleiteten Verhandlungen mit den Arbeitgeber sind nicht mit Erfolg geendet. Die Meister verlangen zunächst die Wiederaufnahme der Arbeit und versprechen dann den Lohn zu erhöhen.

Lohnbewegung in Höchst a. M. Da der am 1. 1904 in Kraft getretene Tarif am 1. Sept. d. J. abgelöst ist, so haben die Kollegen beschlossen, denselben am 1. zu kündigen und neue Forderungen einzureichen.

Berichte aus den Zahlstellen. Osnabrück. „Vorwärts immer, rückwärts nimmer.“ die Parole, welche wir hier ausgegeben haben. Von dieser gingen auch die Kollegen in unserer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 27. Juli aus, wo mit großer Mehrheit beschlossen wurde, vom 1. August ab zu dem ordentlichen Verbandsbeitrag einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. zu erheben.

Worms. Schon lange hörte man von unserer Zahlstelle Lebenszeichen. Dies hat in verschiedenem seinen Grund. Heute hätten wir ein solches nicht von uns gegeben, wenn nicht ein zwingender Grund dazu veranlaßt hätte.

Worms. Schon lange hörte man von unserer Zahlstelle Lebenszeichen. Dies hat in verschiedenem seinen Grund. Heute hätten wir ein solches nicht von uns gegeben, wenn nicht ein zwingender Grund dazu veranlaßt hätte.

ihre Versammlungen zu gehen. Wer kein Interesse für den Verband hat, der möge doch lieber austreten, als sich schlaabackertümelndem Schlamm zu mischen. Was nützen uns denn Kollegen, gar nicht, eher schaden sie uns noch. Und wir doch, daß gerade die hiesigen Kollegen es notwendig ist aufzuklären zu lassen, um zu wissen, warum sie nicht sind.

**Hoffentlich** zettigt dieses Resultat denselben Erfolg wie die früheren Erhöhungen, nämlich eine Zunahme der Mitgliederzahl. Der nachfolgende Rassenbericht war ein solch günstiger wie er noch nicht zu verzeichnen war. Sodann wurden noch Anträge betreffs der im Laufe dieser Woche stattfindenden Schlichtungskommissionierung erledigt. Alles in allem ist der Geist in unserer Zahlstelle ein sehr guter. Sorgen alle Kollegen dafür, daß es so bleibt.

**Berlin.** Unsere außerordentliche Generalversammlung war leider trotz aller angewandten Mühe nur von 1/3 der Kollegen besucht. Auf der Tagesordnung stand die notwendig gewordene Beitragserhöhung. Der erste Vorsitzende, Kollege Meyer, hielt hierzu ein kurzes Referat, in dem er die Gründe darlegte und die Hoffnung aussprach, daß wir durch einen angemessenen hohen Beitrag in der Lage sein werden, den für Berlin so nötigen Lokalbeamten anzustellen. In der nun folgenden Diskussion, die recht eingehend und lebhaft war, meldeten sich viele Kollegen zum Wort, die den Antrag, den Beitrag auf 80 Pfg. pro Woche festzusetzen, im überwiegend zustimmenden Sinne besprachen. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wurde zur geheimen Abstimmung hierüber geschritten; durch diese wurde der Wochenbeitrag von 80 Pfg. mit großer Majorität angenommen. Kollegen! Als im Frühjahr die englische Studienkommission der Gesellschaft für soziale Reform, an der sich auch Führer unserer Gewerkschaften beteiligten, in England weilte, hielt bei einem Empfang in Manchester der Lordmajor der Stadt eine Ansprache, in der er folgende, für das englische Gewerkschaftsleben mehr wie eine Phrase bedeutenden Worte fallen ließ: „Industrien, in denen Streiks vorherrschen, leben noch unter barbarischen Zuständen“. Wir aber leben noch, dank den Klassenkämpfern, auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite unter solchen barbarischen Zuständen. Wir wollen sie aber nicht, sondern den sozialen Frieden, die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Darum suchen wir vor allen Kämpfen Verhandlungen anzuknüpfen, um auf friedlichem Wege Tarifverträge abzuschließen. Diese werden aber durch Scharfmacher à la Ribdorf, Stinnes und Lilla vereitelt, die uns ein schroffes „Wir verhandeln nicht!“ zurufen. Darum müssen wir für gefüllte Kassen sorgen, denn auch in Berlin gibt es Herren von dem angeführten Schlage genug, und wer weiß, was uns das Jahr 1907 für Kämpfe bringen wird. „Wer den Frieden will, muß zum Kriege rufen“. Auch nur vor einer finanziell gut gestellten Organisation werden die Unternehmer Respekt haben. Darum Kollegen, entrichtet jede Woche pünktlich euren Beitrag; zeigt, daß ihr für die Vertretung eurer Interessen Opfer zu bringen bereit seid und es wird sich lohnen. Zeigen wir den süddeutschen, insbesondere den Münchener Kollegen, daß wir ihnen in Norddeutschland an Opferwilligkeit nicht nachstehen. Die Folge muß sein, hier wie dort, ein starker Mitgliederzuwachs. Kollegen an's Werk!

**Heuscheid.** Ein recht eigenartiges Bild bot sich in einer der letzten Schöffengerichtssitzungen. Dasselbst wurde über zwölf Kollegen, welche sich bei Gelegenheit unserer Bewegung etwas mehr zugetraut hatten, als die hiesige Polizei erlaubte, verhandelt. Von unsern Kollegen waren zwei angeklagt, alle übrigen gehörten der sozialdem. Organisation an. Beantragt waren im ganzen 45 Wochen Gefängnis. Es gelang aber unserm Rechtsbeistand die Sache im ganzen auf sechs Wochen zu reduzieren. Unsere beiden Kollegen wurden freigesprochen und noch sieben andere vom freien Verband hatten den Nutzen mit. Ob diesen kein Vertreter vom Verband gestellt wurde, wissen wir nicht. Aber soviel ist sicher, wenn wir keinen Vertreter gehabt hätten, wären sie alle ohne Ausnahme hereingefallen. Es haben dieses auch sämtliche mit süß-saurem Gesicht eingesehen. Es wurden nur drei Kollegen vom freien Verband bestraft und zwar einer mit drei, einer mit zwei und einer mit einer Woche Gefängnis. Bemerkenswert noch, daß die Verhandlung von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr ununterbrochen dauerte. Auch sollten einem von den freiozialen ersten zwei Monate, je zwei ein Monat und einem drei Wochen, allen übrigen 14 Tage und eine Woche zubüßert werden. Es scheint demnach, daß die Mitglieder des sozialdem. Verbandes, wenn sie einmal hereingefallen, sich auf andere Hülsen verlassen müssen, oder sonst zu sehen haben, wie sie fertig werden.

**Bosen.** Die Machinationen des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes bei Gelegenheit der diesjährigen Lohnbewegung standen auf der Tagesordnung einer am Dienstag den 31. Juli, von unserm Verbande einberufenen Möbelsticker-Versammlung. Letztere war ziemlich stark besucht. Beim Eintritt in die Tagesordnung erstattete zunächst unser zweiter Schriftführer den Bericht der Lohnkommission. Aus demselben ist hervorzuheben, daß sich die Kollegen nach dreijährigem Bestehen des Tarifvertrages genötigt sahen, an die Kündigung desselben zu denken. Unsere Zahlstelle wandte sich daher an alle am Orte bestehenden Organisationen, um mit diesen bei der Lohnbewegung gemeinsam zu handeln. Der sozialdemokratische Verband sei auch zu einer gemeinsamen Verhandlung erschienen, habe dann aber erklärt, daß er allein vorgehe und den christlichen Verband nicht anerkenne. Die Folge war, daß unsere Zahlstelle den Tarif selbst kündigte, und da die „Genossen“ stürzte auf ihrem alten Standpunkte verharrten, gleichzeitig einen neuen einreichte. Nachdem traten nun die soz. Verbändler durch ihre „Lohnkommission“, welche letztere sich patentieren lassen könnte, mit den Arbeitgebern in Verhandlungen. Unsere Kollegen waren nicht gewillt, sich durch eine solche Kommission vertreten und die Arbeitsverhältnisse diktiert zu lassen. Ein Protest, der an die Arbeitgeber abgeandt wurde, bewirkte, daß sich letztere nunmehr an uns wandten und der „Genossenkommission“ den Abschied gaben. Da diese „Kommission“ die Abschaffung des Minimallohnes und die Stellung des kleinen Werkzeugs durch die Gesellen als einen Erfolg ansah, läßt es sich erklären, wenn die Meister ihr keine Zugeständnisse bezügl. der Lohnaufbesserung machten. Nun beriefen die geeulten „Genossen“ eine Versammlung ein und verkündeten, daß die Verhandlungen gescheitert seien. Sie kamen dann zu dem Resultat, sich mit einer Resolution, anstatt: „Gewehr bei Fuß“ zu begnügen. Dieses war jedoch noch nicht so lächerlich als das nun folgende. Die „Genossen“ zogen nunmehr ihre, den Arbeitgebern eingereichten Forderungen zurück und verlangten von uns — o heilige Einfachheit! — das gleiche zu tun; sie würden uns dann auch anerkennen. Im Nichttun sahen wir Arbeiterverräter. Von unserer Seite wurde daraufhin den braven „Genossen“ erwidert, daß gerade sie uns geschert hätten allein vorzugehen und es schon dabei bleiben müsse. Uebrigens sei es unserer Kommission gelungen, eine Lohnerhöhung von 50% durchzusetzen. Wie der Berichterstatter zum Schluß bemerkte, sei ein neuer Tarif lediglich daran gescheitert, daß die Arbeitgeber die Vertragsdauer auf drei Jahre festgelegt haben wollten. Hierfür sei das Erzeugnis denn doch zu minimal. Der gerade anwesende Kollege Böhmere-Hannover ergriff dann in der Diskussion als erster das Wort um das Verhalten des soz. Verbandes gegen den unseren näher klar zu legen, was den Verhandlungsleiter veranlaßte, den Vorsitzenden des roten Verbandes aus dem Saale zu weisen. Dieses hatte den Erfolg, daß die Anhänger der Affentheorie das Lokal verließen um draußen „an der Wand ihre eigene Schande“ weiter zu verfolgen. Geführt wurde diesen

streiken zu müssen. Daher der Haß, da R. ja „christlich“ organisiert war und allein dieses Wörtchen „christlich“ eine Wirkung ausübte auf ausgeklärte Freiheitskämpfer, wie ein rotes Tuch auf einen Esel. Weide Arten Geschöpfe werden wild. Und wild waren auch die „Genossen“ in Schlichtheim. „Die Christlichen haben ja kein Geld zum Streiken“, „Sie müssen sich Geld betteln wenn sie streiken wollen“. Solche und ähnliche Redensarten wurden dem Kollegen R. noch nachgerufen. Die Kollegen in Schlichtheim werden aber wohl aus diesem Verhalten die einzig richtige Folgerung ziehen: „Hinein in die christlichen Gewerkschaften, das ist die beste Gewähr, solchen widerlichen Szenen nach Möglichkeit vorzubeugen.“

**Hildesheim.** Mit Befriedigung können wir auf die am 29. Juli stattgefundenen außerordentlichen Generalversammlung zurückblenden; zeigte es sich doch bei der Gelegenheit, daß in unserer Zahlstelle ein gutes gewerkschaftliches Leben herrscht. Dieses spielte sich auch wieder in der lebhaften Diskussion, die sich an den Bericht des Vorsitzenden über den Verbandstag anknüpfte. Fast alle Redner waren mit den in Offen gehaltenen Beschlüssen einverstanden und begrüßten es besonders freudig, daß der Beitrag auf 60 Pfg. erhöht sei, gaben aber auch dem Wunsch Ausdruck, daß mindestens 10 Pfg. Lokalbeitrag erhoben werden müsse. Einige sprachen sich für noch höhere Lokalbeitrag aus. Die vorgenommene Abstimmung ergab dann auch ein sehr erfreuliches Resultat. Mit allen gegen 5 Stimmen, von denen zwei für 5 und drei für 15 Pfennig waren, wurde der 10 Pfg. Lokalbeitrag angenommen, ein Beweis, daß die Kollegen sich der Notwendigkeit hoher Beiträge zur Durchführung der gewerkschaftlichen Aufgaben wohl bewußt sind. Auch hatten wir im letzten Quartale einen Mitgliederzuwachs zu verzeichnen, der auch jetzt noch anhält, so daß wir augenblicklich 70 Mitglieder zählen. Kollegen, arbeiten wir alle so weiter am Ausbau unserer Zahlstelle nach innen und außen. Nächstes Frühjahr läuft unser Tarif ab und wir wissen nicht, was kommt.

**Brand.** Die seitens der Ortsverwaltung auf Freitag den 3. August einberufene Mitgliederversammlung war von den Kollegen ziemlich gut besucht. Als Hauptpunkt stand ja auch noch auf der Tagesordnung die Festsetzung unseres Lokalbeitrages. In ausgiebiger Weise schilderte unser Vorsitzender die Notwendigkeit der jetzigen Beitragserhöhung und wies u. a. auch auf die neue Krankenunterstützung hin und hielt es für besonders angebracht, neben dem üblichen Beitrage einen Lokalbeitrag zu empfehlen. In der Diskussion wies Kollege Schmitz auch auf die besonders günstigen Unterstühtungen hin und stellte fest, daß es sich auch in Zukunft unbedingt lohnen könne, dem Verbande als treues und fleißiges Mitglied anzugehören. Es wurde denn auch mit großer Majorität beschlossen, neben dem üblichen Beitrag einen Lokalbeitrag von 10 Pfg. zu erheben, also in Zukunft einen wöchentlichen Beitrag von 60 Pfg. zu leisten. Und so kann die Ortsgruppe Brand sich auch zu denjenigen rechnen, die im Vormarische begriffen sind. Die ferneren Versammlungen sollen von nun an nach Möglichkeit freitags abgehalten werden. Die jedesmalige Bestimmung des Tages wurde jedoch dem Vorstand anheimgegeben. (?) Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit der Aufforderung zur tatkräftigen Mitarbeit an dem Ausbau der Zahlstelle als auch des Verbandes.

**Ulm.** „Ohne Opfer keinen Erfolg“. Ueber dieses Thema hielt am 4. d. M. in einer gutbesuchten Versammlung Kollege Kugel einen Vortrag. Redner legte in ruhiger, klarer Weise dar, wie die Opfer der organisierten Arbeiterschaft nötig seien, um die Mittel zu bekommen, die zum Teil noch sehr schlechten Verhältnisse zu bessern. Allen den schädlichen Folgen der modernen Wirtschaftsweise, Frauen- und Kinderarbeit usw. könnte nur vorgebeugt werden durch tatkräftige organisierte Selbsthilfe, welche ihren konkreten Ausdruck in den christlichen Gewerkschaften finde. Darauf empfahl der Vorsitzende das fleißige Lesen des Verbandsorgans und gab bekannt, daß seit dem 1. August als Versammlungslokal sämtlicher christlichen Gewerkschaften von Ulm das „Gasthaus zum Herreneller“ bestimmt sei, woselbst auch die Organe der christlichen Gewerkschaften aufliegen.

**Braunschweig.** In der am 28. Juli stattgefundenen außerordentlichen Mitgliederversammlung, wo auch Arbeitersekretär Sprenger aus Helmstedt erschienen war, stand auf der Tagesordnung: „Erhebung eines Lokalbeitrages“. Kollege Sprenger begründete die Notwendigkeit und Vorteile eines Lokalbeitrages in eingehender Weise. Nach einer regen Debatte, an der sich auch Kollegen vom Ortsteil beteiligten, wurde in geheimer Abstimmung der 60 Pfg. Beitrag beschlossen. Durch den obigen Beschluß haben die Braunschweiger Kollegen gezeigt, daß auch sie ernstlich gewillt sind, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern. Nächsten nun auch jene Kollegen, die nicht in der Versammlung erschienen waren, ebenfalls den Beschluß der Versammlung zustimmen und nach wie vor stets an dem Ausbau unserer Zahlstelle mitarbeiten, in ihrem Interesse und für ihr eigenes Wohl.

**Paffan.** Noch nicht ganz ein Jahr besteht unsere Zahlstelle und doch ist es uns gelungen, eine ansehnliche Zahl Kollegen für den Verband zu gewinnen. Auch das Leben in der Zahlstelle und der Versammlungsbesuch war ziemlich gut. In letzter Zeit scheint aber eine große Nachlässigkeit einzureißen. Vielleicht glauben viele Kollegen, von dem Versammlungsbesuch entbunden zu sein, weil das Vertrauensmännerystem eingeführt ist. Zu der letzten Versammlung, wo über die Einführung eines Lokalbeitrages beraten werden sollte, war nur der dritte Teil erschienen. Kollegen, diese Interessenlosigkeit darf nicht weiter um sich greifen. Mit der Zahlung der Beiträge allein ist es nicht genug. Ein Gewerkschaftler muß auch die Versammlungen besuchen. Wer nicht in der Versammlung erscheint, wird sich wohl oder übel den gefaßten Beschlüssen fügen müssen. Kollegen, scheuen wir doch nicht die Opfer für den Verband. Wenn einer von uns vor die Wahl gestellt wird, entweder dem Verbande den Rücken zu kehren, oder er sei entlassen, so müssen wir es wie einer unserer tätigen Kollegen am hiesigen Orte machen und erst recht treu zur Fahne halten. Unserm wackeren Kollegen aber unsere Anerkennung. Arbeiten wir so weiter an der Schulung unserer Mitglieder, an dem Ausbau unserer Zahlstelle, nur dann werden wir das gesteckte Ziel erreichen.

**Dortmund.** Fast vollzählig hatten sich die Mitglieder unserer Zahlstelle zu der am 4. August stattgefundenen Versammlung eingefunden. War doch auch die Tagesordnung danach angelegt, daß Interesse der Kollegen zu wecken. Zum Punkt: Beitragserhöhung referierte Kollege Schöpohl. Derselbe führte aus, daß es unsere nächste Aufgabe sein müsse, die Kollegen für den voraussichtlich im Jahre 1908 entbrennenden Kampf zu sichern. Dieses könne neben der Stärkung der Hauptkassse nur durch die Stärkung der Lokalkasse geschehen. Unsere Aufgabe müsse die Schaffung von einigen tausend Mark Lokalgeld sein. Der Anfang sei gemacht. Zur Zeit betrage der Kassenbestand an 700 Mk. und geht es mit rüstigen Schritten dem 1. Tausend entgegen. Die nachfolgende Diskussion ergab eine fast einstimmige Zustimmung zur Erhöhung auf mindestens 60 Pfg. Die Abstimmung ergab die Mehrheit für 60 Pfg. während 11 Kollegen sogar 70 Pfg., einige 80 Pfg. beantragten.

Hoffentlich zettigt dieses Resultat denselben Erfolg wie die früheren Erhöhungen, nämlich eine Zunahme der Mitgliederzahl. Der nachfolgende Rassenbericht war ein solch günstiger wie er noch nicht zu verzeichnen war. Sodann wurden noch Anträge betreffs der im Laufe dieser Woche stattfindenden Schlichtungskommissionierung erledigt. Alles in allem ist der Geist in unserer Zahlstelle ein sehr guter. Sorgen alle Kollegen dafür, daß es so bleibt.

**Berlin.** Unsere außerordentliche Generalversammlung war leider trotz aller angewandten Mühe nur von 1/3 der Kollegen besucht. Auf der Tagesordnung stand die notwendig gewordene Beitragserhöhung. Der erste Vorsitzende, Kollege Meyer, hielt hierzu ein kurzes Referat, in dem er die Gründe darlegte und die Hoffnung aussprach, daß wir durch einen angemessenen hohen Beitrag in der Lage sein werden, den für Berlin so nötigen Lokalbeamten anzustellen. In der nun folgenden Diskussion, die recht eingehend und lebhaft war, meldeten sich viele Kollegen zum Wort, die den Antrag, den Beitrag auf 80 Pfg. pro Woche festzusetzen, im überwiegend zustimmenden Sinne besprachen. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden wurde zur geheimen Abstimmung hierüber geschritten; durch diese wurde der Wochenbeitrag von 80 Pfg. mit großer Majorität angenommen. Kollegen! Als im Frühjahr die englische Studienkommission der Gesellschaft für soziale Reform, an der sich auch Führer unserer Gewerkschaften beteiligten, in England weilte, hielt bei einem Empfang in Manchester der Lordmajor der Stadt eine Ansprache, in der er folgende, für das englische Gewerkschaftsleben mehr wie eine Phrase bedeutenden Worte fallen ließ: „Industrien, in denen Streiks vorherrschen, leben noch unter barbarischen Zuständen“. Wir aber leben noch, dank den Klassenkämpfern, auf Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite unter solchen barbarischen Zuständen. Wir wollen sie aber nicht, sondern den sozialen Frieden, die Gleichberechtigung des Arbeiterstandes. Darum suchen wir vor allen Kämpfen Verhandlungen anzuknüpfen, um auf friedlichem Wege Tarifverträge abzuschließen. Diese werden aber durch Scharfmacher à la Ribdorf, Stinnes und Lilla vereitelt, die uns ein schroffes „Wir verhandeln nicht!“ zurufen. Darum müssen wir für gefüllte Kassen sorgen, denn auch in Berlin gibt es Herren von dem angeführten Schlage genug, und wer weiß, was uns das Jahr 1907 für Kämpfe bringen wird. „Wer den Frieden will, muß zum Kriege rufen“. Auch nur vor einer finanziell gut gestellten Organisation werden die Unternehmer Respekt haben. Darum Kollegen, entrichtet jede Woche pünktlich euren Beitrag; zeigt, daß ihr für die Vertretung eurer Interessen Opfer zu bringen bereit seid und es wird sich lohnen. Zeigen wir den süddeutschen, insbesondere den Münchener Kollegen, daß wir ihnen in Norddeutschland an Opferwilligkeit nicht nachstehen. Die Folge muß sein, hier wie dort, ein starker Mitgliederzuwachs. Kollegen an's Werk!

**Heuscheid.** Ein recht eigenartiges Bild bot sich in einer der letzten Schöffengerichtssitzungen. Dasselbst wurde über zwölf Kollegen, welche sich bei Gelegenheit unserer Bewegung etwas mehr zugetraut hatten, als die hiesige Polizei erlaubte, verhandelt. Von unsern Kollegen waren zwei angeklagt, alle übrigen gehörten der sozialdem. Organisation an. Beantragt waren im ganzen 45 Wochen Gefängnis. Es gelang aber unserm Rechtsbeistand die Sache im ganzen auf sechs Wochen zu reduzieren. Unsere beiden Kollegen wurden freigesprochen und noch sieben andere vom freien Verband hatten den Nutzen mit. Ob diesen kein Vertreter vom Verband gestellt wurde, wissen wir nicht. Aber soviel ist sicher, wenn wir keinen Vertreter gehabt hätten, wären sie alle ohne Ausnahme hereingefallen. Es haben dieses auch sämtliche mit süß-saurem Gesicht eingesehen. Es wurden nur drei Kollegen vom freien Verband bestraft und zwar einer mit drei, einer mit zwei und einer mit einer Woche Gefängnis. Bemerkenswert noch, daß die Verhandlung von 10 1/2 bis 11 1/2 Uhr ununterbrochen dauerte. Auch sollten einem von den freiozialen ersten zwei Monate, je zwei ein Monat und einem drei Wochen, allen übrigen 14 Tage und eine Woche zubüßert werden. Es scheint demnach, daß die Mitglieder des sozialdem. Verbandes, wenn sie einmal hereingefallen, sich auf andere Hülsen verlassen müssen, oder sonst zu sehen haben, wie sie fertig werden.

**Bosen.** Die Machinationen des sozialdemokratischen Holzarbeiterverbandes bei Gelegenheit der diesjährigen Lohnbewegung standen auf der Tagesordnung einer am Dienstag den 31. Juli, von unserm Verbande einberufenen Möbelsticker-Versammlung. Letztere war ziemlich stark besucht. Beim Eintritt in die Tagesordnung erstattete zunächst unser zweiter Schriftführer den Bericht der Lohnkommission. Aus demselben ist hervorzuheben, daß sich die Kollegen nach dreijährigem Bestehen des Tarifvertrages genötigt sahen, an die Kündigung desselben zu denken. Unsere Zahlstelle wandte sich daher an alle am Orte bestehenden Organisationen, um mit diesen bei der Lohnbewegung gemeinsam zu handeln. Der sozialdemokratische Verband sei auch zu einer gemeinsamen Verhandlung erschienen, habe dann aber erklärt, daß er allein vorgehe und den christlichen Verband nicht anerkenne. Die Folge war, daß unsere Zahlstelle den Tarif selbst kündigte, und da die „Genossen“ stürzte auf ihrem alten Standpunkte verharrten, gleichzeitig einen neuen einreichte. Nachdem traten nun die soz. Verbändler durch ihre „Lohnkommission“, welche letztere sich patentieren lassen könnte, mit den Arbeitgebern in Verhandlungen. Unsere Kollegen waren nicht gewillt, sich durch eine solche Kommission vertreten und die Arbeitsverhältnisse diktiert zu lassen. Ein Protest, der an die Arbeitgeber abgeandt wurde, bewirkte, daß sich letztere nunmehr an uns wandten und der „Genossenkommission“ den Abschied gaben. Da diese „Kommission“ die Abschaffung des Minimallohnes und die Stellung des kleinen Werkzeugs durch die Gesellen als einen Erfolg ansah, läßt es sich erklären, wenn die Meister ihr keine Zugeständnisse bezügl. der Lohnaufbesserung machten. Nun beriefen die geeulten „Genossen“ eine Versammlung ein und verkündeten, daß die Verhandlungen gescheitert seien. Sie kamen dann zu dem Resultat, sich mit einer Resolution, anstatt: „Gewehr bei Fuß“ zu begnügen. Dieses war jedoch noch nicht so lächerlich als das nun folgende. Die „Genossen“ zogen nunmehr ihre, den Arbeitgebern eingereichten Forderungen zurück und verlangten von uns — o heilige Einfachheit! — das gleiche zu tun; sie würden uns dann auch anerkennen. Im Nichttun sahen wir Arbeiterverräter. Von unserer Seite wurde daraufhin den braven „Genossen“ erwidert, daß gerade sie uns geschert hätten allein vorzugehen und es schon dabei bleiben müsse. Uebrigens sei es unserer Kommission gelungen, eine Lohnerhöhung von 50% durchzusetzen. Wie der Berichterstatter zum Schluß bemerkte, sei ein neuer Tarif lediglich daran gescheitert, daß die Arbeitgeber die Vertragsdauer auf drei Jahre festgelegt haben wollten. Hierfür sei das Erzeugnis denn doch zu minimal. Der gerade anwesende Kollege Böhmere-Hannover ergriff dann in der Diskussion als erster das Wort um das Verhalten des soz. Verbandes gegen den unseren näher klar zu legen, was den Verhandlungsleiter veranlaßte, den Vorsitzenden des roten Verbandes aus dem Saale zu weisen. Dieses hatte den Erfolg, daß die Anhänger der Affentheorie das Lokal verließen um draußen „an der Wand ihre eigene Schande“ weiter zu verfolgen. Geführt wurde diesen

**O. Ob.** Der Terrorismus der „Genossen“ ist nicht Bremen, Hamburg, Kiel und in anderen Großstädten zu finden, auch in kleineren Orten passieren Dinge, die alles andere als keine Beweise von „Freiheit und Brüderlichkeit“. In unsrer Verband in diesem Jahre gute Fortschritte gemacht. In der Maschinenfabrik von Tenkamp alle Tischler unserem Verbande angehören. Dieses wurde den Kollegen von den Metallarbeitern übel vermerkt und darum ständige Verhetzung. Am 30. Juli kam nun zu einem „frei“ organisierten Schmied der Schriftführer unserer Zahlstelle, um einen Verbot zu erlassen, den er bei der Arbeit gebrauchte, verändern zu lassen, was in 2 Minuten geschehen wäre. Der Schmied J. H. war bereit, er habe jetzt keine Zeit, worauf sich G. entfernte. In nochmaligem Nachfragen sagte G., es dünke ihm, daß H. ihm schaden wolle. Daraufhin ergriff der Schmied einen eisernen Bolzen und schlug unseren Kollegen G. mit aller Wucht derraufen auf die Brust, daß sie sich anschwellte. Auf die Frage, was das Schicksal, ergriff H. den G. und mit den Worten: „Du Lump, du nicht mehr in die Bude“, warf er ihn buchstäblich zur Erde. Diese Vorfälle müssen allen Arbeitern, die noch etw. Empfinden haben und wissen, daß sie Mitglieder eines voranschreitenden Standes sind, die Augen öffnen. Nicht alle Fälle einen Begriffs von „Freiheit und Brüderlichkeit“ zuzubringen. — Etwa 15 patentierte „Genossen“ reimpellen am Montag, den 22. Juli unsern Kollegen R. auf offener Straße und ließen bei der Gelegenheit einen solch heftigen Freiheits- und ihren freiheitsdürftigen Reden erschallen, daß die Anwohner der Straße die Fenster aufrißen, um nachzusehen, was diese Gesellschaft unten auf der Straße so krackelte und was diese dieses Rabaus war. Die Neugierde wurde aber von dem Wort als „Pflaße“, „Pflaßstüdel“, „Schwarzer“ und anderes aus dem Schimpfwörterlexikon schwirrten nur die Luft, wie dieses ja auch bei diesen Leuten in der Zahlstelle höchst modern ist. Daß diese Leute aber von der Hundstunde so sehr beschien sind, um zu einem solchen Mord auf offener Straße Lust zu haben, ist bezeichnend genug. Der Verbrecher hatte sich dann Kollege R. schuldig gemacht, er solle solche Wut bei den Genossen zu entfachen? Derselbe im Frühjahr erkrankt. Vierzehn Tage darauf brach ein Fieber aus und nun sollte R. krank geworden sein, um nicht mit-

Selben dann noch von einer großen Zahl von Diskussionsrednern... Die Versammlung endete schließlich mit der einstimmigen Annahme folgender Resolution: „Die am 31. Juli 1906 im Saale des Herrn Segejowial, Wilda, tagende Möbelhändler-Versammlung...

Forderungen. Die Patentierten vom sozialdemokratischen Holzarbeiterverbande haben ihre wahre Arbeiterfreundlichkeit wieder einmal in einem sonderbaren Lichte gezeigt. Bei der Firma S. Sieble, Söhne, wurde am 27. Juni eine provisorische Lohnabzugsliste vorgelegt mit der Bemerkung, der Werkmeister möge von den Arbeitern ihre diesbezüglichen Äußerungen entgegennehmen...

Gewerkschaftliches.

Der Verbandstag christl. Schneider und Schneiderinnen fand in den Tagen vom 29. bis 31. Juli in Frankfurt a. M. statt. Nach dem gedruckt vorliegenden Geschäftsbericht gelang es dem Verbands in Vorjahre für seine Mitglieder eine durchschnittliche Lohnerrhöhung von 75 000 Mk. zu erzielen...

Gegen den sozialdemokratischen Terrorismus wandte sich in scharfen Worten der bayerische Verkehrsminister von Frauendorfer. Er hat aufs schärfste den Terrorismus der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter in den Werkstätten des Staates gegeißelt und mit keinem Urteil über diese traurige und unserer Kulturentwicklung Hohn sprechende Erscheinung nicht zurückgehalten...

„Hervortragender“ Genosse einen solchen Unsinn über die christl. Gewerkschaften zum Besten gibt, welche Meinung müssen dann die kleineren Gelfter haben?

Soziale Rundschau.

Münsterländer Sozialpolitik. Während in heutiger Zeit Gebildete und Ungebildete mit Eifer und Ausdauer an der Lösung der sozialen Frage arbeiten ohne bisher zu einem endgültigen Resultat zu gelangen, macht die Lösung dieses Problems dem Herrn Bürgermeister von Dülmen, im schönen Münsterlande, einem Teile der roten Erde, auf Westfalens Gefilde gelegen und auch zu Preußen gehörig, nicht die geringsten Kopfschmerzen...

Sie haben am 8. August d. J. der vom Unterzeichneten an Sie zur Erhaltung der Sicherheit und Bequemlichkeit auf der öffentlichen Promenade vom Coesfelder zum Münsterort hier selbst ergangenen Aufforderung, diese Promenade zu verlassen, nicht sofort Folge geleistet; in derselben vielmehr zusammen mit anderen Personen längere Zeit ohne Grund verweilt...

Natürlich, Strafe muß sein, denkt der Herr Bürgermeister und die Stadt Dülmen ist gerettet. Die Schreiner werden jetzt entweder sofort die Arbeit wieder aufnehmen, oder sie werden dem sehr wohlmeinenden Rate des Gendarmen Heyder folgen und zu Hause im Bett streifen und die soziale Frage wird in Dülmen „wahrscheinlich“ schon gelöst sein...

Einer der Streikenden welcher zwei Tage später als die übrigen Kollegen gekündigt hatte, jedoch mit diesen die Arbeit niederlegte, erhielt von dem Herrn Bürgermeister von Dülmen folgenden Bescheid:

Bescheid.

In der Gewerbebestreitfache des Unternehmer X zu Dülmen wieder den Tischergesellen N. N. zu Dülmen wird hierdurch in Gemäßheit des § 71 des Reichsgesetzes vom 29. Juli 1890 betreffend die Gewerbeurichte nach Lage der Sache zum Bescheide erteilt, daß p. N. N. die bei X verlassene Arbeit sofort wieder aufzunehmen hat.

Gründe.

N. N. stand bei p. X in rechtsgültigem Arbeits-Verhältnis, hat dasselbe am 7. Juli cr. aber ohne Einhaltung der Kündigungsfrist und ohne Grund vorzeitig aufgegeben. Zu zweimal angefügten Verhandlungsterminen ist N. N. trotz ordnungsmäßiger Ladung nicht erschienen. X hat die Wiederaufnahme der Arbeit durch N. N. beantragt.

Es mußte deshalb wie geschieden, entschieden werden. Gegen diesen Bescheid steht die Klage auf dem Rechtswege innerhalb einer Frist von 10 Tagen offen: Die vorläufige Vollstreckung wird aber dadurch nicht aufgehoben. Dülmen, den 7. August 1906.

Die Gemeindebehörde.

Die Behandlung des angezogenen Falles seitens des Herrn Bürgermeisters von Dülmen, auf Grund des Gewerbeurichtsgesetzes ist richtig. Leider ist ihm bei Fällung der Entscheidung das Malheur passiert, daß er anstatt wie es richtig war, auf Grund der Gewerbeordnung zu entscheiden, sich in die Gemeindeordnung verirrt hat. Na, irren ist menschlich. Ob aber die Zwangsvollstreckung schon erfolgt ist, ist noch nicht bekannt. Soviel steht aber jetzt schon fest; daß die christlichen Gewerkschaften dafür sorgen werden, daß auch im Münsterlande Verhältnisse geschaffen werden, welche eines Arbeiters und Menschen würdig sind und in den angezogenen Maßnahmen zur „Lösung der sozialen Frage“ dürfte der Herr Bürgermeister die Rechnung ohne den Zentralverband christlicher Holzarbeiter gemacht haben.

Soziale Rechtsprechung.

Ein entschuldigungsplüchter Unfall. Die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft ist kürzlich vom Schiedsgericht für den Regierungsbezirk Düsseldorf belehrt worden. Der Sachverhalt ist folgender: Ein Kollege mußte sich im Auftrage seines Arbeitgebers von einer Werkstätte zu einer außerhalb derselben gelegenen Arbeitsstelle begeben. Diesen Weg legte er mittels eines Fahrrades und unter Minahme von Werkzeugen zurück. Als er in einer stark begangenen Straße abgestiegen war und mit dem Fahrrad an der Hand den Fahrdamm überschreiten wollte, wurde er von einem Bäckerswagen überfahren. Hierbei erlitt der Kollege einen Bruch des linken Oberschenkels. Die Norddeutsche Holz-Berufsgenossenschaft lehnte auf Grund einer im Jahre 1901 ergangenen Refurtscheidung einen Entschuldigungsanspruch ab, weil der Verletzte nicht einer Betriebsgefahr, sondern einer Gefahr des öffentlichen gemeinen Lebens erlegen sei. Der Unfall stehe weder im mittelbaren, noch unmittelbaren Zusammenhang mit dem Betriebe.

dem Betriebe. Gegen diese Entscheidung legte der Verletzte Berufung ein. Diese Berufung hatte Erfolg. Schiedsgericht erkannte mit nachstehender Begründung Entschädigung der Unfallfolgen: Das Reichsversicherungsamt hat in einer neueren Entscheidung vom 19. Mai 1904 (Seite 617) ausgeführt, daß die Arbeiter, auf den im Verlaufe des Arbeitgebers unternommenen Wegen diejenigen Gefahren versichert sind, die ein solcher seiner Natur nach mit sich bringt, wie z. B. die des Gleitens und des „Ueberfahrens“. Ein Unfall letzterer Art liegt hier vor. Die Berufsgenossenschaft daher den Kläger für die Folgen dieses Unfalles zu schädigen.

Auf Grund dieser durchaus den gesetzlichen Bestimmungen entsprechenden Entscheidung wurde vor einigen Tagen Betrag von 170,95 Mark dem Kollegen an rückständigen Unfallrente nachbezahlt. Außerdem erhält derselbe von an eine monatliche Rente im Betrage von 8,75 Mk. Dies ist gewiß ein schöner Erfolg. Ein Umstand ist uns bei dieser Sache aufgefallen. Wie kommt es, daß die Berufsgenossenschaft, wohl die für den Verletzten ungünstigste frühere Entscheidung des Reichsversicherungsamtes kennt, ihr dagegen der späteren günstigeren Entscheidung anscheinend nicht kommt ist! Unsere Kollegen mögen sich diese Entscheidung gut merken, dieselbe ist für Alle von größter Wichtigkeit.

Die Kostenrechnung. Der wegen einer nicht gemeldeten, aber auch nicht abgehaltenen Versammlung zu zehn Mark Geldstrafe verurteilte Kollege zu Berg-Blach erhielt vor einigen Tagen die Kostenrechnung in seiner Sache vom Gericht zugestellt und setzt sich dieselbe für die Instanzen aus folgenden Posten zusammen: Strafe 15 Mk., Gerichtsgebühr nach §§ 621, 62-65, 10 Mk., Schöffenhühren 0,70 Mk., Porto 0,60 Mk., Zeugengebühr 33,18 Mk. Wenn man sich das in der bekannten Sache ergangene Urteil sowie die Kostenrechnung ansieht, so kann man verstehen, wie weit Kreise des Volkes einen Abscheu vor der heutigen Rechtsprechung haben und eine Aenderung nur durch eine ständige Revolutionierung unserer Rechtsauffassung erreichen können. Jemanden zu bestrafen, weil er vor hatte, eine Versammlung einzuberufen, dieselbe aber nicht polizeilich anmeldete und folgebessert auch nicht abhielt, ist etwas, was dem Volke empfinden des Volkes geradezu ins Gesicht schlägt. So wie möglich hat der Gesetzgeber die Pflicht, eine Reform des Vereins- und Versammlungsrechts herbeizuführen, damit hin reaktionären Gesetzesvollstreckern und bummel-selbstmitleidigen Dorfbuttern die Handhabe zum Einschreiten genommen wird. So kann es nicht weiter gehen, wenn nicht die Bitterung noch manchen Arbeiter in die Reihen der Sozialdemokratie treiben soll.

Briefkasten.

Mehrere Berichte aus den Zahlstellen mußten für die Nummer zurückbleiben. E. St. Gallen. Sendung erhalten.

Ausschreibung.

Die Zahlstelle Düsseldorf beabsichtigt, ab 15. Sept. d. J. Sozialbeamten

anzustellen. Mitglieder unseres Verbandes, welche auf diese Ausschreibung reflektieren, wollen ihre diesbzgl. Angebote mit selbstgeschriebener Kurzgefaßtem Lebenslauf und einer Abhandlung über die Aufgaben eines Sozialbeamten bis zum 29. August mit der Aufschrift „Bewerbung“ an das „Sekretariat des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter“ Düsseldorf, Louisenstraße 37, einreichen. Kenntnis der örtlichen Verhältnisse ist erwünscht.

Sozialbeamter gesucht.

Die Zahlstelle Köln des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands sucht bis zum 15. September d. J. Sozialbeamten;

derselbe muß zur selbständigen Führung der Bücher und Verwaltungsgeschäfte befähigt sein, sowie auch Erfahrungen in Agitation besitzen. Bewerber wollen sich unter Beifügung eines Lebenslaufes sowie einer kurzen Abhandlung über die Aufgaben eines Sozialbeamten bis zum 1. Sept. bei dem Unterzeichneten melden.

Die Ortsverwaltung J. A.: Jakob Dichtburg, Vorstraße 10, Köln, Weibengasse 42.

20 tüchtige Bau- und Möbelschreiner

für sofort gesucht. Nicht unter 25 Jahren. Stundenlohn 48 Arbeitszeit 59 Stunden pro Woche. Zu ersagen: Arbeitsnachweis der Zahlstelle Dortmund, Christliches Gewerkschaftshaus, Rütgebäude 10.

Tischler-Fachschule, Leipzig

Werkmeister, Zeichner, Meister, sofortige Anstellung; erfolgreiche Lehrmethode. — Programm von Dir. G. Streich, Almbstraße 64, 5.

Gesucht:

Ein tüchtiger gewandter Zuschneider

Möbelfabrik Kreuzlingen bei Konstanz, A. Ruh.